

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten

**Gottfried Kapferer, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider,
Fritz Dinkhauser, Dr. Andreas Brugger, Bernhard Ernst**

betreffend:

**Stopp dem Bau und Ausbau von Atomstrom-Pumpspeicherkraftwerken in Tirol
Stopp für sämtliche Wasserableitungspläne der TIWAG in Tirol**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird beauftragt, die Organe der TIWAG anzuweisen, sämtliche Pläne für den Bau oder Ausbau von Atomstrom -Pumpspeicherkraftwerken in Tirol sofort zu stoppen.

In Zukunft sollen Laufkraftwerke und andere Kraftwerksformen zur Nutzung der Wasserkraft forciert werden, welche keinen Strom aus Atomkraftwerken und Kohlekraftwerken für ihre Bewirtschaftung benötigen, deren Errichtung naturschonend möglich ist und deren Betrieb der Bevölkerung in den betroffenen Talschaften wirtschaftlichen Nutzen bringt.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Technologie** zugewiesen werden.

B E G R Ü N D U N G:

Pumpspeicherkraftwerke funktionieren im Prinzip wie Speicherkraftwerke. Sie nutzen die Energie des Wassers, das aus großen Fallhöhen stürzt und Turbinen antreibt. Es gibt im Wesentlichen nur einen zentralen Unterschied. Das Wasser wird nicht durch einen natürlichen Zulauf in großen Höhen in Form eines Sees gespeichert, sondern zuerst in ein Becken hochgepumpt, um es dann abzulassen und zur Energiegewinnung zu nutzen. Das bedeutet also, dass zuerst Energie benötigt wird, um das Wasser hochzupumpen und dann die potentielle Energie wieder in elektrischen Strom umzuwandeln.

Man könnte nun annehmen, dass das unter dem Gesichtspunkt der Energieerzeugung bestenfalls ein Nullsummenspiel ist und keinen Sinn macht. In Wirklichkeit aber verbrauchen Pumpspeicherkraftwerke mehr Strom, als sie produzieren und machen trotzdem unternehmerische Gewinne. Die Sache funktioniert nämlich so: Pumpspeicherkraftwerke produzieren zu Spitzenzeiten teuren Strom und kaufen in Zeiten geringen Strombedarfs Billigstrom an, um das Wasser wieder in die Becken hochzupumpen. Gepumpt wird also in der Nacht, größtenteils mit sogenanntem „Überschussstrom“ aus nicht regulierbaren europäischen Atom- und Kohlekraftwerken. Dieser importierte Euromixstrom ist massiv CO² - belastet und lässt in Europa die Atommüllberge wachsen.

Wer Pumpspeicherkraftwerke wie das geplante neue *Pumpspeicherkraftwerk Kühtai* baut, braucht weiterhin den billigen „Überschussstrom“ und der kommt auch in nächster Zukunft vorwiegend aus Atomkraftwerken und Kohlekraftwerken.

Pumpspeicherkraftwerke dienen nicht der Energieversorgung, da sie mehr Strom verbrauchen, als sie produzieren. Sie dienen einzig und allein unternehmerischen Zielen. Außerdem wird durch Pumpspeicherkraftwerke die Atomlobby unterstützt.

Der spezielle Fall „Stubaital“

Die Bevölkerung von Neustift hat bei der Volksbefragung am 13. März 2011 klar zum Ausdruck gebracht, dass sie eine weitere Ableitung von Bächen aus dem hinteren Stubaital nicht wünscht. Die Stubaier Bevölkerung ist nicht gegen die Nutzung der Wasserkraft. Sie ist aber gegen die Wasserableitung. Das Stubaier Wasser soll im Stubaital mittels Laufkraftwerken genutzt werden und alle Stubaier Gemeinden, also Neustift, Fulpmes, Telfes, Mieders und Schönberg sollen daraus einen wirtschaftlichen Nutzen ziehen, um damit gemeinsame Strukturmaßnahmen im Planungsverband Stubaital zu finanzieren.

Diese Laufkraftwerke würden einer tatsächlichen Energieversorgung der Stubaier Bevölkerung dienen, eine Ableitung in das geplante neue Pumpspeicherkraftwerk Kühtai würde hingegen nur Atomstrom anziehen und die Atomlobby unterstützen. Zudem würde das geplante Pumpspeicherkraftwerk Kühtai automatisch Teil der bestehenden amerikanischen Cross-Border-Leasing-Verträge werden, welche noch 84 Jahre lang, bis zum 31.12.2095 Gültigkeit haben.

Die Dringlichkeit wird dadurch begründet, dass die Zeichen der Zeit deutlich hervorbrachten, dass eine generelle Lösung der Energiefrage besser heute als morgen angegangen werden muss und drohende Fehlentwicklungen im Land Tirol auf diesem Sektor umgehend aufgehalten werden müssen.

Innsbruck, am 12. Mai 2011